



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Wirtschafts- und Sozialpartner stärken - Kompetenzzentrum erhalten

Das seit 2007 bestehende WiSo-Kompetenzzentrum beim Deutschen Gewerkschaftsbund garantiert das von der EU-Kommission vorgegebene Partnerschaftsprinzip. Das Kompetenzzentrum ermöglicht den WiSo-Partnern eine Mitwirkung und Unterstützung in Bezug auf die drei EU-Fonds ESF, EFRE und ELER. Gleichzeitig wirkt das Kompetenzzentrum als Koordinierungsstelle und Vermittler zwischen den behördlichen Instanzen wie EU-Kommission, EU-Verwaltungsbehörden, Landesbehörden und den WiSo-Partnern.

Infolge des Auslaufens der Förderung durch die EU-Verwaltungsbehörde wird das Projekt in Verantwortung des DGB zum 31. Oktober 2020 eingestellt. Die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg hat sich bereit erklärt, das WiSo-Kompetenzzentrum zum 1. November 2020 unter ihrem Dach weiterzuführen.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. das Kompetenzzentrum der WiSo-Partner nahtlos weiterzuführen;
2. das Kompetenzzentrum der WiSo-Partner in der Förderperiode 2021 bis 2027 mit mindestens 75.000 Euro jährlich aus der technischen Hilfe zu finanzieren;
3. die Umsetzung des Partnerschaftsprinzips - beginnend mit der Erarbeitung der operationellen Programme - rechtzeitig, neutral und unbürokratisch sicherzustellen.

Begründung

Das WiSo-Kompetenzzentrum hat seine Arbeit in den vergangenen Jahren verstetigt und professionalisiert und ist damit zu einer festen Größe der EU-Förderung in Sachsen-Anhalt geworden. Es bietet den 29 Wirtschafts- und Sozialpartnern des Begleitausschusses eine neutrale und unabhängige Struktur. Die Aufgaben des Kompetenzzentrums reichen von Zuarbeiten für den Begleitausschuss, individuellen Aufbereitungen, Recherchen und Informationen für die WiSo-Partner, der Verbreitung von allgemeinen Informationen rund um die ESI-Fonds bis hin zur fachlichen Beratung und vorbereitenden Maßnahmen zur Konzipierung von Projekten.

Ein aus Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschafts- und Sozialpartner bestehender Beirat steuert und kontrolliert die Arbeit des Kompetenzzentrums und trifft die inhaltlichen Ausrichtungen. Der Beirat hat sich einstimmig für den Erhalt des Kompetenzzentrums und eine Weiterführung ab 1. November 2020 an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg ausgesprochen.

Im Jahr 2021 beginnt die neue EU-Förderperiode. Schon seit Monaten laufen daher in Sachsen-Anhalt die Vorbereitungen für die operationellen Programme. Gerade zu diesem Zeitpunkt ist es für die Wirtschafts- und Sozialpartner elementar, auf eine Beratungs- und Beteiligungseinrichtung zurückgreifen zu können. Sollte diese - wie von der EU-Verwaltungsbehörde angekündigt - nun keine Förderung mehr erhalten, bricht ein wichtiges Instrument demokratischer Beteiligung weg. Aber gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, demokratische Strukturen und Mitbestimmung zu stärken, Partner zu unterstützen und transparent zu beteiligen.

Im aktuellen Entwurf der Rahmenverordnung für die Förderperiode ab 2021 wird darauf hingewiesen, dass die Delegierte Verordnung (EU) Nr. 204/2014 der Kommission in unveränderter Form auch für die kommende Förderperiode gelten soll. Somit ist es der EU-Verwaltungsbehörde auch weiterhin gestattet, das Kompetenzzentrum in seiner jetzigen Form aus der technischen Hilfe zu finanzieren.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender